

WDR & Finanzen**Gespart wird an vielen Ecken**

Es ist wahrlich kein Geheimnis mehr. Rund 150 Millionen Euro muss die mächtigste ARD-Anstalt in den kommenden Jahren einsparen. 150 Millionen, das sind mehr als Peanuts – und so große Nüsse spüren irgendwann auch die Freien. Irgendwann?? Eher ist die Frage, wie lange das Sparen noch auszuhalten ist.

Zuerst ein Blick zurück in goldene Zeiten, die noch gar nicht so lange her sind. Altgediente Freie können ihre Honorar-Abrechnungen vergleichen und feststellen, dass sie für einen Drei- bis Vierminüter vor 12 bis 15 Jahren – umgerechnet – nicht weniger der alten Deutschen Märker erhielten als heute in Euros. Allerdings: Damals waren keine Internet-Texte zu verfassen, Themen waren leichter zu platzieren, Meldungen wurden nicht noch zusätzlich rausgezogen und vieles mehr. Fazit: Der Aufwand war überschaubarer, heute wird fürs gleiche Geld mehr gearbeitet. Das ist real eine Honorarsenkung.

Jetzt geht es aber wohl ans Eingemachte. Waren anfangs die Prognosen noch nicht so schlimm, hoffte der Sender durch Neuorganisationen und „Synergien“ zu sparen. Sicherlich wäre auch dies im Programm angekommen – aber je mehr Euros eingespart werden müssen, desto heftiger die Auswirkungen.

Zum Beispiel hört man aus den Regionalstudios, dass das Geld knapp wird. Freie Autoren werden seltener angefragt, auf die Reisekosten wird gedrückt, irgendwie muss man noch bis zum Jahresende über die Runden kommen.

Ebenso angepeilt werden mögliche Kooperationen mit anderen Sendeanstalten. Bekannt ist schon der ARD-Hörfunk-Tatort, eine Kooperation, an der sich alle neun ARD-Sender beteiligen. Schon damit wurde eine erhebliche Sendefläche quasi deutschlandweit in einem Aufwasch gefüllt.

Nächster Schritt wird das weitere Ausloten von Kooperationen sein – nahe liegend ist da weniger eine Zusammenarbeit von WDR und dem Bayerischen Rundfunk, eher mit dem NDR, dessen Intendant Marmor ja ehemals beim WDR als Verwaltungsdirektor durchstartete. Außerdem sind die Mentalitäten von NDR und WDR recht ähnlich, beide zählen noch zu den größeren Sendern, die selbst produzieren – denn schließlich wird auch der WDR profitieren wollen.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer vielleicht ab 2013. Ab dann nämlich, so drängte der WDR-Rundfunkrat die Senderleitung, sollen die Kosten für die Sportrechte reduziert werden – damit Geld für's hausgemachte Programm frei wird.

psch

Printmedien**Anzeigenflaute bis ins Honorartöpfchen**

Für die Chefs müssen die Renditen stimmen. Und das möglichst immer. Da wird dann auch mal umgeschichtet, da werden Ausgaben eingespart oder zusammengelegt. Neues fällt den Verlagen dabei nicht ein.

Konkret wird's in den nächsten Wochen gleich mehrfach. Die Streichorgie der WAZ ist ja bekannt. Sparen aber will auch das Kölner Verlagshaus Du Mont Schauberg. Der Verlag hatte die Netzzeitung kassiert. Die ist im Internet zwar nicht stinkend reich geworden, hat jedoch guten Journalismus präsentiert. Zum Jahreswechsel nun endet die Zeit der Netzzeitung – der Verlag will sich nur noch einen News-Roboter gönnen, der die immer gleichen Nachrichten weltweit vertickt. Die Le-

serschaft beschwert sich. Doch wie wir den Verlag kennen, bleiben Leserbeschwerden durchweg erfolglos.

Eine „interessante“ Kooperation bahnt sich zwischen Köln und Bonn an – die Kölnische Rundschau wird künftig den überregionalen Mantelteil vom Bonner Generalanzeiger beziehen. Die Festen sollen über die Lokalredaktionen verteilt werden, die Freien können mal wieder sehen, wo sie bleiben.... Mal sehen,

ob da nicht die nächste Zeitungsfusion ins Haus steht?!

Und dann sind da noch die vielen kleineren Fachmagazine. Anzeigen werden knapp, Umfänge schrumpfen, gerade diese oft knapp kalkulierten Medien haben zu kämpfen. Doch in einem immer stärker monopolisierten Zeitungsmarkt sind sie wichtig, um wenigstens eine Art Meinungsvielfalt zu erhalten. Jetzt, wo die ach so armen Verleger (s.o.) auch noch ins Verleger-TV einsteigen können. Gut für die Medienvielfalt ist das nicht.

psch

Internet- & Breitband-Versorgungslücken

JournalistIn auf dem Lande zu sein, das kann richtig toll sein. Wer es mag, erhält eine besondere Lebensqualität, arbeitet da, wo andere Urlaub machen, genießt Bäume, Wiesen und Wälder in den Pausen. Die Kinder wachsen mit weniger Beton und Krach um sie herum auf. Sprich, es gibt unter den JournalistInnen überzeugte Landeier genauso wie es überzeugte StädterInnen gibt.

Dran gewöhnt haben sich die Journalistinnen und Journalisten vom Lande schon daran, längere Wege in Kauf zu nehmen, vielleicht auch mal als Mensch aus der Provinz betrachtet zu werden. Das war alles so schlimm nicht, denn die Infrastruktur war auf dem Lande so, wie sie gebraucht wurde.

Das ändert sich gerade. Denn das Internet bringt es mit sich, dass ungeheure Datenmengen per Telefonleitung durch die Gegend geschaufelt werden. Pressemitteilungen umfassen oft zig Megabyte, die Kundschaft verlangt entsprechend aufbereitetes Material. Denn Verlage und Unternehmen haben sich

daran gewöhnt, dass dank DSL und Co schnelle Datentransfers möglich sind. Wer dies nicht bieten kann, der hat mit erheblichen Erschwernissen zu kämpfen.

So berichtet eine Journalistin: „Wenn ich Pressemitteilungen sehe, die zu umfangreich sind, muss ich mir immer wieder überlegen, ob ich die wirklich brauche. Oft verzichte ich auf das Herunterladen.“ Der Chef eines Grafikbüros erzählt, dass er die Dateien für umfangreiche Datentransfers immer mit nach Hause nimmt – dort gibt es DSL, im Büro gerade eine altbackene Modem-Verbindung.

Warum das alles: Die Telekom verbuddelt nur dort Glasfaser-Kabel, wo sie sich Gewinn verspricht. Das aber reduziert die Wettbewerbschancen der Freiberufler und Unternehmen in den Regionen ohne schnelle Datenleitung. Die Straßen von morgen, das sind die Möglichkeiten des elektronischen Datentransfers. Hier ist es ein Stück Daseinsvorsorge, auch die Dörfer mit Breitband-Kabeln auszustatten.

Immerhin versuchen jetzt die Regionen aktiv zu werden. Zu den Vorreitern zählen Hamm, Kamen, Oberbergischer Kreis und Much wie auch der Hochsauerlandkreis, die mit regionalen Bündnissen die Breitbandversorgung auf dem Land sicherstellen wollen. Für Journalistinnen und Journalisten und alle Medienschaffenden sich solche Engagements überlebenswichtig – da dürfen Medienschaffende ruhig Druck in eigener Sache machen.

psch

Situationsbericht zur Lage der Fernseherschaffenden

Alarmsignale aus der Feuerwache

Die Situation in der Fernsehbranche hat sich in den letzten Jahren drastisch geändert. Konnte es vor einigen Jahren nicht genug Personal geben, hat sich heute bei abnehmenden Produktionszahlen und erheblichen Einsparungen der Sender das Blatt zum Negativen gewendet. Produktionsfirmen werden im Preiskampf insolvent, Beschäftigte bleiben ohne Auftrag – die Stimmung ist deutlich rauer geworden. Um mit Experten und Kennern der Branche und vor allem mit den Beschäftigten zu reden, hatte die Fachgruppe Medien in ver.di NRW zu der Veranstaltung „Kammerflimmern in der Kiste“ am 14. November 2009 in die Alte Feuerwache in Köln eingeladen.

Für einen genauso kenntnisreichen wie temperamentvollen Auftakt der Veranstaltung sorgte Stefan Nowak. Selber seit 14 Jahren freiberuflicher Kameramann und bei ver.di im Vorstand des Filmverbandes engagiert.

„Die Honorare sind seit 20 Jahren nicht gestiegen“, konstatierte er und „in Anbetracht der Produktionskrise können wir darauf warten, dass man versuchen wird, unsere Honorare noch weiter zu drücken“. Die öffentlich-rechtlichen Sender griffen gerne auf Dienste freier Kameramänner und -assistenten indirekt über Produktionsfirmen zurück.

Damit die Sender behaupten können, ihre Mitarbeiter hätten geregelte Arbeitszeiten und würden anständig bezahlt. Dabei seien 16-18 Stunden-Tage bei den Freien nicht selten,

12 bis 14 Stunden eher die Norm. Die Sender stellten sich über die von ihren Produktionsfirmen vorgelegten Knebelverträge von allen etwaigen Ansprüchen frei, wälzten die juristische und finanzielle Verantwortung auf die freien Kameraleute ab.

„Zu Stundenlöhnen, die auf die Stunde gerechnet an den Stundenlohn eines Fleurop-Verkäufers heranreichen,“ so Nowak. „220 bis 330 Euro Tagessatz gibt’s für den Kameramann, 120 bis 205 Euro für die Assistenz, an Reisetagen die Hälfte“. Stärker marktwirtschaftlich orientierte Produzenten versuchten selbst diese Sätze noch zu profitableren Pauschalpreisen runterzuhandeln, aber auch die vielen anständigen und engagierten Produzenten würden von den Sendern dauernd die Budgets und Tagessätze gekürzt.

Inzwischen gelte überall die Maxime „Fernsehen soll teuer aussehen, darf aber nichts kosten“.

Mit dem nüchternen Blick des Arbeitsmarktkenners analysierte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Köln, Peter Welter, die Medienbranche. „Die Rezession kommt erst langsam an in der Branche, das Schlimmste steht uns noch bevor“, so Welters. Die Medienbranche in Köln sei von sehr mächtigen Auftraggebern auf der einen und sehr schlecht organisierten Auftragnehmern auf der anderen Seite geprägt.

„Die Kreishandwerkerschaft in Köln ist viel besser organisiert als die Film- und Fernseherschaffenden. Wenn sie ihre Interessen besser bündeln und organisieren.“ Typisch für die Branche sei das Auslagern, das Outsourcen von Aufträgen, was in der Regel immer mit einem Preisverfall verbunden sei.

Hinzu komme die hohe Attraktivität des Marktsegmentes Medien, was dazu führe das Auftraggeber zu fast jedem Honorar arbeitswilliges Personal finden würden.

Frank Biermann

Die Dokumentation der Veranstaltung in Bild und Ton ist veröffentlicht unter: www.kammerflimmern.net.

Gelbe Briefe aus dem Norden

Gelbe Briefe haben zumindest eine fiese Farbe. Und sie verursachen Arbeit – zumindest wenn sie von der Künstlersozialkasse kommen. Denn mehr oder weniger nach dem Zufallsprinzip werden jedes Jahr Versicherungsnehmer ausgesucht, die sich einer Nachprüfung stellen müssen.

Aktuell ging es darum, die Einkommen der letzten vier steuerrelevanten Jahre zu belegen. Also die Jahre 2004 bis 2007 waren gefragt. Da heißt es zumindest einmal, die alten Steuerbescheide herauszukramen, zu kopieren und beizulegen.

Klar, dem beitragshehrlichen Menschen kann nichts passieren. Konkreter wird's für die, die immer die Beiträge nach unten kalkuliert hatten. Auch die müssen rückwirkend keine Nachzahlungen befürchten, das gibt das

Gesetz nicht her. Sind die Abweichungen aber zu groß, dann ist künftig des öfteren einmal eine Überprüfung zu erwarten.

Wer allerdings seine Arbeitsschwerpunkte geändert hat und verstärkt andere Einnahmequellen nutzen konnte, der kann sich eventuell darauf einstellen, dass die Künstlersozialkasse die reale Versicherungspflicht überprüft. Wenn die nämlich entfällt, dann kann hier die Kasse die Bremse ziehen – und den Rauschmiss androhen. Aber auch dies geht nicht

so schnell, da wird üblicherweise noch die Stellungnahme der versicherten Person erwartet.

Für Viele wäre ein Ende der Versicherungspflicht auf Grund der veränderten Tätigkeiten gar nicht so schlimm. Denn wenn die andere Tätigkeit eine Versicherung beispielsweise über eine Anstellung mit sich bringt, ist die Künstlersozialkasse nicht mehr unbedingt notwendig.

Schwierig wird es allerdings für die, die auf Grund zu geringer Einnahmen von der Künstlersozialkasse aussortiert werden sollen. Fehlt dazu noch ein anderweitiger Versicherungsschutz – beispielsweise über Ehefrau oder -mann – dann wird's eng. In solchen Fällen gilt für verdi-Mitglieder: Im Mitgliedsbeitrag ist der Rechtsschutz inbegriffen, da lohnt sich die genauere Beratung zum Beispiel durch versierte Anwälte.

psch

KSK-Zahlen

Neue Bemessungsgrundlagen

Wer sein Einkommen geschätzt hat und vielleicht im Laufe des Jahres 2010 noch den Realitäten anpassen will, sollte dabei auf jeden Fall die neuen Bemessungszahlen berücksichtigen. Denn danach gilt, dass zum Beispiel die Mindestbeiträge für die Krankenkasse, die Pflege- und Rentenversicherung auf jeden Fall bezahlt werden müssen. Und die berechnen sich nach einer zu Grunde gelegten Berechnungsgrundlage. Da geht man bei der Krankenversicherung von 5.040 Euro pro Jahr aus (das entspricht einem Monats-

beitrag der Krankenversicherung von 33,18 Euro). Bei der Rentenversicherung berechnet sich der Mindestbeitrag nach einem Mindesteinkommen von jährlich 3.900 Euro – so ergibt sich dann ein monatlicher Versicherungsbeitrag von 32,34 Euro.

Übrigens: Freie, die nicht Berufsanfänger sind, müssen seit dem Jahr 2004 mindestens 3.900,00 Euro pro Jahr verdienen. Weniger hieße, dass die Versicherungspflicht über die KSK erlischt.

Unternehmer-Abgabe

Wenn sich die Kunden vor der Abgabe drücken wollen.

Zunächst die erfreuliche Nachricht. Denn für unsere Kundschaft sinken die Abgabensätze für Unternehmen, also für Verlage, Agenturen und all unsere anderen Kunden. Die KSK-Abgabe reduziert sich im Jahr 2010 auf 3,9 Prozent vom Netto-Honorar. So preiswert kann kein Kunde angestellte Dienste sozial versichern.

Und doch, seit einigen Jahren und bis heute versuchen Kunden, sich um diese läppischen 3,9 Prozent zu drücken. Der heiße Tipp an die Freien: Gründ doch eine GmbH. Der Tipp aber istbarer Unsinn.

Denn egal, ob als haftungsbeschränkten Unternehmersgesellschaft, wie sie das neue GmbH-Gesetz erlaubt, oder als klassische GmbH – letztlich fallen die Versicherungskosten auf jeden Fall. Zahlen muss nämlich

immer, wer die Arbeiten beauftragt. Das heißt, die Kosten fallen an – entweder bei der Kundschaft oder beispielsweise bei der GmbH oder der Unternehmersgesellschaft. Dann zahlt zwar die Kundschaft nicht mehr, dafür aber steigen die Kosten der ehemaligen Freiberufler, die jetzt auf einmal Unternehmer sind. Wer keine Honorarsenkung akzeptieren will, muss also seine Preise entsprechend erhöhen – und noch ein wenig mehr, um Gründungskosten, Buchhaltung und einiges mehr zu finanzieren.

KSK-Hotline

Kleine Gebühr für eine gute Leistung

Wir haben es ausprobiert. Und wir müssen sagen: Hier hat die Künstlersozialkasse gut investiert. Seit November hat die KSK eine neue Service-Nummer installiert. Dort erreicht man zwar nicht seine Sachbearbeiterin oder seinen Sachbearbeiter, aber die Mitarbeiter-schaft am Telefon gibt kompetent Auskunft und hat auch den schnellen Zugang zu Akte oder zuständiger Abteilung. Die muss sich so nur mit den schwierigeren Fragen beschäftigen und wird real entlastet. Der Service kostet zwar 14 Cent pro Minute, ist aber sein Geld wert. Die Hotline ist montags von 9 Uhr bis 20 Uhr besetzt, dienstags bis freitags von 9 Uhr bis 17 Uhr. Kostenfrei sind die Mail-Kontakte für Anfragen zu nutzen.

Hotline: 0180 5752255

Per Mail:

auskunft@kuenstlersozialkasse.de

Letztlich verteuert die Unternehmensgründung in vielen Fällen das Produkt. Im Normalfall ist die Tätigkeit als Freiberufler ehrlicher. Und für die Kundschaft günstiger, da keine weiteren Zusatzkosten anfallen, die eigentlich in Rechnung gestellt werden müssten.

psch

Bildungsurlaub

„Feste Freie“ haben Recht drauf

Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft. Für arbeitnehmerähnliche Freie ist dies vergleichsweise kostengünstig möglich. Sie werden wie Arbeitnehmer behandelt – haben also auch ein Recht auf Bildungsurlaub. Und zwar auf bezahlten Bildungsurlaub.

In Nordrhein-Westfalen beträgt der Anspruch gem. § 2 Arbeitnehmerweiterbildungs-Gesetz fünf Arbeitstage im Kalenderjahr. Der Anspruch von zwei Kalenderjahren kann auch zusammengefasst werden – so kommen immerhin zehn Tage zusammen, was schon eine ordentliche Schulung ermöglicht.

Einzige Voraussetzung für die Inanspruchnahme: Die Bildungsveranstaltung und die

Bildungseinrichtung müssen nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannt sein. Darüber aber informieren die Bildungsträger gerne. Für die Zeit der Bildungsmaßnahme muss der Arbeitgeber/Auftraggeber das vereinbarte Entgelt/Honorar weiterzahlen; die übrigen Kosten der Bildungsveranstaltung (Seminargebühr, Fahrt- und Unterbringungskosten) kann der/die Anspruchsberechtigte steuerlich als Werbungskosten geltend machen. psch

Finanzamt

Steuerperspektiven bei klammen Kassen

Also: Zunächst mal will der Staat – sprich das Finanzamt – sein Geld. Das ist klar. Und das ist unabwendbar. Aber in gewissen Grenzen lässt sich verhandeln. Ein paar Tipps dazu.

1. Steuervorauszahlung:

Die ist grundsätzlich verhandelbar. Wurde sie in einkommenstarken Zeiten der Vergangenheit vom Finanzamt ausgerechnet und sind die Einnahmen schlechter geworden, dann genügt meist ein Gespräch oder zur Not ein Brief ans Finanzamt, dann wird die Steuervorauszahlung reduziert. Auch eine Reduzierung auf Null ist möglich.

2. Einnahmen steuern:

Bei Freien Journalisten zählt für das Finanzamt der Eingang auf dem Konto. Erst dann wird eine Einnahme einkommensteuerpflichtig. Bei unseren Kunden dagegen zählt meist die Rechnungsstellung. Wer also in diesem Jahr die Steuer drücken will, weil einfach die Reserven schon im täglichen Leben aufgebraucht wurden, stellt dieses Jahr noch die Rechnung (dann kann der Kunde sie abschreiben), bittet aber um Überweisung im nächsten Jahr. In der Hoffnung auf bessere Zeiten

3. Mehrwertsteuer:

Wer mehr Mehrwertsteuer ausgibt als einnimmt, der erhält die Mehrwertsteuer zurück. Das kann sich für die lohnen, die längerfristig mit einem Auftragstief rechnen, die aber durchgängige Kosten haben. Generell ist die Vorsteuerpauschale von 4,8 Prozent vom Netto-Umsatz für die meisten Journalistinnen und Journalisten eine gute Sache – aber im Einzelfall macht eine Abrechnung per Einzel-

nachweis Sinn. Vorsicht aber: Diese Festlegung gilt dann für fünf Jahre.

4. Steuerbescheide:

Die sind NICHT mehr verhandelbar, da hilft höchstens der Widerspruch. Wer für die anstehenden Forderungen, so es denn Forderungen sind, kein Geld mehr hat, der bekommt dies heute beim Finanzamt üblicherweise NICHT mehr gestundet – da hilft nur der Gang zur Bank, um die Steuern per Kredit zu finanzieren. Das ist zu teuer, da ist sparsame Vorsorge günstiger. Also: Kalkulieren und Reserven auf jeden Fall anlegen! psch

Freienberatung

Fragen zu Urheberrecht, Honoraren, Einstiegs- und Versicherungsfragen - und all das, was sich an Problematiken rund um den Freien Journalismus rankt? Egal, ob Hörfunk, TV, Print, Internet oder PR - alle Fragen sind erlaubt. ver.di bietet seinen Mitgliedern eine persönliche Beratung an. Kontaktaufnahme bitte über den Landesfachbereich Medien unter T: (02 11) 6 18 24-332.

Die **Technik-Beratung** wird ebenfalls vom Landesfachbereich Medien organisiert. Anmeldung auch unter (02 11) 6 18 24-332 – hier werden die Termine individuell mit den Beratern abgestimmt.

Eine weitere Anlaufstelle für Freiberufler ist das Beratungsnetzwerk mediafon:

www.mediafon.net/index.php3

Neben persönlicher Beratung, die nur **für Mitglieder der Gewerkschaft ver.di kostenlos** ist, sind auf der Internetseite viele Informationen zu finden. Auf der Website ist auch eine Übersicht über alle Änderungen, die sich gegenüber im **Ratgeber Freie** der letzten Druckauflage (Stand: 1.4.2002) ergeben haben

Alle NRW-ver.di-Mitglieder, die – teilweise oder komplett – als SchauspielerInnen, SängerInnen, MusikerInnen, TänzerInnen, AutorInnen, BildhauerInnen, MalerInnen Fragen zu ihrem künstlerischen Bereich (und nur zu dem!) und zu aller damit zusammenhängenden Bürokratie, erhalten bei Stefan Kunz eine Gratis-Beratung. Bitte statt auf einen Rückruf zu warten, lieber nach Anrufbeantworterkontakt noch einmal selbst anrufen! Mitgliedsnummer bereithalten. Telefon: (0 22 02) 70 88 70

Impressum:

Der „Freibrief“ ist eine Zeitschrift für freiberufliche Mitglieder der ver.di, Fachgruppe Medien – in NRW. Er ist online verfügbar unter **www.freiseiten.de** sowie über die Internet-Präsenz der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di unter **www.dju-nrw.verdi.de/freelancer**. Außerdem steht eine Druckauflage für den Postversand (Preis: 1,50 Euro/Stück) zur Verfügung. Abo-Anfragen bitte an Jutta Klebon (v.i.S.d.P.), c/o ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, T: (02 11) 6 18 24-332, F: (02 11) 6 18 24-468, E-Mail: jutta.klebon@verdi.de

Satz: CE Grafik Design, Carsten Engels, Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 2 99 66

Redaktion: Journalistenbüro profil, Peter Schmidt, Bismarckstr. 1, 51643 Gummersbach, T: (0 22 61) 92 62 10, E-Mail: psch-profil@t-online.de

Wir freuen uns immer neu über Anregungen, Beiträge und Terminhinweise. Schließlich ist der Freibrief von Freien für Freie gemacht.